Landkreis Uckermark

Drucksachen-Nr.	Version	Datum	Blatt
123/2005		08.09.2005	

☐ Beschlussvorlage ☒ Berichtsvorlage ☒ öffentliche Sitzung ☐ nicht-öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:		Datum:
☐ Fachausschuss		
☐ Fachausschuss		
☒ Kreisausschuss		01.11.2005
☐ Kreistag		

Inhalt:

Stellenbedarf im Referat Kommunalaufsicht

Wenn Kosten entstehen:

Kosten	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr	☐ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung ☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:	Deckungsvorschlag:		

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss nimmt die Ausführungen des Referates Kommunalaufsicht zum Stellenbedarf zur Kenntnis.

zuständiges Referat:

Personalreferat	Rotraut Reimuth Referatsleiterin	Klemens Schmitz Landrat	

abgestimmt mit:

Amt	Name	Unterschrift
Referat Kommunalaufsicht	Andrea Knäpel	

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen Ja	Stimmen Nein	Stimmenthaltung	Einstimmig	Lt. Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (s.beiliegendes Formblatt)

Begründung

Mit Beschluss des Kreistages vom 13.04.2005 (DS-Nr.: 53/2005) wurde die Verwaltung u. a. beauftragt, eine weitere Straffung der Verwaltung zu prüfen sowie Aufgabenkritik zu üben.

Auf dieser Grundlage wurden alle Amts- und Referatsleiter beauftragt, die in ihrem Zuständigkeitsbereich wahrzunehmenden Aufgaben aufzulisten, darzulegen, ob es sich um Pflicht- oder Selbstverwaltungsaufgaben handelt, sowie die Folgen darzustellen, die sich ergeben würden, wenn ein Stellenabbau erfolgt. Aus der Darstellung ergibt sich die derzeit für die Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung stehende Anzahl von Stellen sowie der Bedarf an Stellen nach Einschätzung des Amts- bzw. Referatsleiters. Hierbei ist auch der Vorbericht zur Feststellung des Stellenbedarfs (DS-Nr.: 119/2005) zu beachten, der nähere Ausführungen zur Berücksichtigung der Altersteilzeitstellen enthält.

Es werden dem Kreisausschuss sukzessive für alle Ämter und Referate der Kreisverwaltung entsprechende Darstellungen übergeben.

Amt/Referat: 015 Kommunalaufsicht Datum: 17.08.2005

nachgeordnete Einrichtung:

Schema zur Feststellung des Stellenbedarfs

1	2		3	4	5	6
Wahrzunehmende Aufgabe	**Anzahl der Stellen für die Aufgabenwahrnehmung**		**Aufgabenart***	**Gesetzliche Grundlagen (Gesetz, §) bezogen auf Spalte 3**	**(Rechts)folgen bei angenommener Einsparung einer Stelle**	**Bemerkungen**
	laut Stellenplan	**geschätzter Bedarf**				
Kommunalaufsicht - Prüfung der Rechtmäßigkeit allen Verwaltungshandelns der Kommunen, ggf. Beanstandung, Anordnung, Ersatzvornahme und Beauftragtenbestellung, Beratung der Kommunen in allen Bereichen	5 5.1 – 5.5	5	Organleihe	§ 68 LKrO i. V. m. § 69 LKrO, §§ 119 ff. GO (zuständig ist das Organ Landrat, nicht der Landkreis)	der gesetzlich vorgesehenen Aufsichts- und Beratungspflicht gegenüber den Kommunen könnte über Genehmigungen hinaus nicht mehr nachgekommen werden daraus kann sich eine Haftung des Landrates bei möglichen Schäden der Kommunen und Dienstpflichtverletzung wegen Nichterfüllung seiner Pflichten ergeben	bereits von ursprünglich 9 Stellen auf 5 Stellen reduziert
spezielle Tatbestände:	Stelle:					
Leitungstätigkeit	5.1					
Genehmigungen im Rahmen von Haushaltssatzungen (HSK, Kredite, VE, Kassenkredite)	5.3 5.4 5.5			§§ 74 Abs. 4, 84 Abs. 4, 85 Abs. 2, 87 Abs. 2 GO	Genehmigungen können schon jetzt nicht zeitnah erteilt werden, daraus ergeben sich erhebliche Einschränkungen bei der Haushaltsführung der Gemeinden	
Prüfung aller Haushalts- und Nachtragssatzungen der Kommunen auf Rechtmäßigkeit	5.3 5.4 5.5			§ 78 Abs. 4 GO	Kenntnis der Haushaltssituation der Kommunen ist Grundvoraussetzung für Ausübung der Aufsicht	
Genehmigungen im Rahmen der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe und Zweckverbände	5.4 5.5			§ 15 Abs. 1 EigV i. V. m. §§ 84, 85, 87 GO	Genehmigungen können schon jetzt nicht zeitnah erteilt werden, daraus ergeben sich erhebliche Einschränkungen bei der Wirtschaftsführung der Betriebe	
Prüfung aller Wirtschafts- und Nachtragspläne der Eigenbetriebe und Zweckverbände auf Rechtmäßigkeit	5.4 5.5			§ 15 EigV §§ 119, 120 GO	Kenntnis der Wirtschaftssituation der Betriebe ist Grundvoraussetzung für Ausübung der Aufsicht	
Genehmigung von kreditähnlichen Rechtsgeschäften	5.1, 5.3, 5.4, 5.5			§ 85 Abs. 5 GO	Genehmigungen würden sich mit finanziellen Auswirkungen für die Kommunen verzögern	

1	2		3	4	5	6
Wahrzunehmende Aufgabe	**Anzahl der Stellen für die Aufgabenwahrnehmung**		**Aufgabenart***	**Gesetzliche Grundlagen (Gesetz, §) bezogen auf Spalte 3**	**(Rechts)folgen bei angenommener Einsparung einer Stelle**	**Bemerkungen**
	laut Stellenplan	**geschätzter Bedarf**				
Genehmigung von Bürgschaften und ähnlichen Rechtsgeschäften	5.1, 5.3, 5.4, 5.5			§ 86 GO	Genehmigungen würden sich mit finanziellen Auswirkungen für die Kommunen verzögern	
Stellungnahmen zum kommunalen Eigenanteil bei Fördermitteln	5.3, 5.4 5.5			Förderrichtlinien	Gewährung von Fördermitteln an Kommunen würde sich zeitlich verzögern	
bisher Bearbeitung der Investitionspauschale nach GFG, noch Verwendungsnachweise der Vorjahre	5.5			ab 2005 entfallen, Verwendungsnachweise 2004 sind noch zu prüfen	Wegfall der Aufgabe wurde bereits bei der letzten Stellenreduzierung berücksichtigt	wäre bei 080 sachgerechter angesiedelt gewesen
Erteilung von Zulassungsverfügungen im Rahmen der Zwangsvollstreckung gegen Kommunen	5.1			§ 129 GO § 38 Abs. 2 VwVG	zeitliche Verzögerungen bei Eintreibung von Geldforderungen	
Genehmigungen im Rahmen der wirtschaftlichen Betätigung	5.1			§ 110 GO	Genehmigungen würden sich zeitlich verzögern mit der Folge, dass gesellschaftsrechtliche Prozesse nicht zeitnah umgesetzt werden könnten	
Genehmigung öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen und von Verbandssatzungen der Zweckverbände	5.2			Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit	Genehmigungen würden sich zeitlich verzögern mit der Folge, dass Zuständigkeitsänderungen und Aufgabenübertragungen nicht zeitnah realisiert werden könnten	
Genehmigung bei Veräußerung von Vermögensgegenständen unter ihrem vollen Wert	5.3			§ 90 Abs. 3 GO	Genehmigungen würden sich zeitlich verzögern mit der Folge, dass die Eigentumsumschreibungen nicht zeitnah erfolgen könnten	
Unterstützung der Fach- und Sonderaufsichtsbehörden	5.2			§§ 131, 132 GO	zeitliche Verzögerungen	
Bearbeitung von Anfragen der Kommunen aus allen Rechtsgebieten, Satzungsprüfungen	5.1 – 5.3			§§ 119, 120 GO	Aufgabe könnte nicht mehr wahrgenommen werden	
Bearbeitung von Vergabebeschwerden gegen Kommunen	5.2			§§ 119, 120 GO	Aufgabe könnte nicht mehr wahrgenommen werden	
Bearbeitung von Bürgerbeschwerden gegen Kommunen	5.1, 5.2 5.3			§§ 119, 120 GO	Aufgabe könnte nicht mehr wahrgenommen werden	
Genehmigung von Gebietsänderungen	5.3			§ 9 Abs. 2 GO	Genehmigungen würden sich zeitlich verzögern mit der Folge, dass Gebietsänderung nicht zeitnah erfolgen könnten	
Angelegenheiten nach dem BbgKWahlG	5.3			§ 21 Abs. 3, § 54 Abs. 1 und 2	fristgebundene Entscheidungen könnten nicht rechtzeitig getroffen werden	

1	2		3	4	5	6
Wahrzunehmende Aufgabe	**Anzahl der Stellen für die Aufgabenwahrnehmung**		**Aufgabenart***	**Gesetzliche Grundlagen (Gesetz, §) bezogen auf Spalte 3**	**(Rechts)folgen bei angenommener Einsparung einer Stelle**	**Bemerkungen**
	laut Stellenplan	**geschätzter Bedarf**				
Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister, Amtsdirektoren, Erste Beigeordnete und Verbandsvorsteher	5.1			§ 86 Abs. 2 LDG	zeitliche Verzögerungen im Verfahren entgegen dem Beschleunigungsgebot nach § 4 LDG	
spezielle Aufgaben nach Aufforderung durch Innenministerium	5.1 – 5.5			wegen Organleihe und Aufsicht des MdI		
Summe:	**5**	**5**				

Unterschrift Referatsleiter